

Newsletter Nummer 11/2025: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am 11. November 2025

Mit einer stattlichen Tagesordnung befasste sich der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft des Kreistags in seiner nächsten öffentlichen Sitzung.

Es wurde unter anderem über den Energiebericht für die Liegenschaften des Rhein-Neckar-Kreises informiert und über die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs beraten.

Radschnellverbindung Heidelberg–Walldorf/Wiesloch RS 22

Die Verwaltung stellte einen Sachstandsbericht zur Radschnellverbindung Heidelberg-Walldorf vor.

Kreisrat Frank Volk bedankte sich namens der Fraktion der Freien Wähler hierfür bei der Verwaltung und die bisher geleistete Arbeit.

Das Projekt RS 22 sei für unseren Landkreis von großer Bedeutung. Es verbinde zentrale Wohn- und Arbeitsstandorte miteinander und trage wesentlich dazu bei, den Alltagsradverkehr zu fördern, die Straßen zu entlasten und einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Eine gut ausgebauten Fahrradinfrastruktur sei nicht nur ein Thema der Nachhaltigkeit, sondern auch der Lebensqualität und regionalen Attraktivität.



Die Freien Wähler hätten Verständnis dafür, dass die Planung eines Projekts dieser Größenordnung mit vielen Beteiligten und komplexen Vergabeverfahren Zeit in Anspruch nimmt. Die personellen Engpässe in der Stabsstelle „Nachhaltige Mobilität“ hätten die Umsetzung zusätzlich erschwert. Umso wichtiger sei es nun, die neu

geschaffenen Möglichkeiten der Vergabe-VwV zu nutzen und die geplanten Ausschreibungen zügig weiterzuführen.

Die Entscheidung, externe Fachbegleitung einzubeziehen, halte er für richtig und notwendig, um die Projektarbeit zu stabilisieren und Kontinuität sicherzustellen. Die bisher geschaffenen Vereinbarungen und die gesicherte Förderung von Bund und Land seien eine solide Grundlage, auf der sich aufbauen lasse, so Frank Volk.

Er sicherte auch die Unterstützung der Freien Wähler zu, das Projekt Schritt für Schritt weiter voranzubringen. Er bat gleichzeitig darum, den Ausschuss regelmäßig über Fortschritte und mögliche Herausforderungen zu informieren, damit das Vorhaben transparent begleitet werden könne.

Die Radschnellverbindung RS 22 sei ein zukunftsweisendes Projekt für die Region Rhein-Neckar. Sie stärke die umweltfreundliche Mobilität und verbinde Gemeinden auf moderne Weise. Die Fraktion der Freien Wähler stünden hinter diesem Vorhaben.

„Klimaneutrale Kommunalverwaltung 2022 bis 2024“

Die Verwaltung stellte auch den Statusbericht zur Klimaneutralen Kommunalverwaltung vor.



Der Bericht zeige eindrucksvoll, dass der Rhein-Neckar-Kreis beim Thema Klimaschutz und Energieeffizienz in der eigenen Verwaltung konsequent voranschreitet, führte **Kreisrat Frank Volk** in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler hierzu aus. Seit der Eröffnungsbilanz 2021 sei der Endenergieverbrauch um rund 17 Prozent und die Treibhausgasemissionen um etwa ein Drittel reduziert worden – das seien deutliche Fortschritte auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2040.

Besonders hervorzuheben sei, dass diese Entwicklung nicht allein auf witterungsbedingte Effekte zurückzuführen ist, sondern maßgeblich auf konkrete Maßnahmen, die die Verwaltung umgesetzt habe: die energetische Sanierung von Liegenschaften, die Umstellung auf nachhaltige Heizsysteme, der kontinuierliche Ausbau von Photovoltaikanlagen sowie die verstärkte Elektrifizierung des Fuhrparks.

Diese Schritte zeigten, dass Klimaschutz in der Verwaltung nicht nur ein Ziel auf dem Papier, sondern gelebte Praxis ist.

Der Rhein-Neckar-Kreis nehme hier eine Vorreiterrolle ein und setze wichtige Impulse – sowohl für andere Kommunen als auch für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis.

Der Dank der Freien Wähler gelte daher ausdrücklich der Verwaltung und der Geschäftsstelle Klimaschutz für ihr kontinuierliches Engagement, ihre Facharbeit und die klare, transparente Darstellung der Fortschritte.

Das Ziel, die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, werde weiter unterstützt und die Erarbeitung eines Sanierungsfahrplans für alle Liegenschaften als wichtigen nächsten Schritt begrüßt. Der eingeschlagene Weg stimme und die Richtung sei richtig.

Energiebericht 2024

Auch der Energiebericht 2024 war Gegenstand der Sitzung.

Kreisrat Frank Volk führte dazu für die Freien Wähler aus, der Bericht verdeutlichte, dass der Rhein-Neckar-Kreis seine Liegenschaften konsequent und verantwortungsvoll energetisch bewirtschaftet.

Trotz steigender Energiepreise und schwieriger Marktbedingungen sei es gelungen, den Gesamtenergieverbrauch leicht zu senken und die CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren – das ist ein erfreulicher Erfolg.

Besonders positiv bewerteten die Freien Wähler, dass der Kreis seit diesem Jahr wieder vollständig Ökostrom bezieht und damit ein deutliches Zeichen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit setzt. Auch der zunehmende Einsatz von erneuerbaren Energien in der Wärmeversorgung, der Ausbau der Photovoltaik sowie die energetische Sanierung von Gebäuden zeige, dass hier mit Weitblick und technischer Kompetenz gearbeitet wird.



Diese Maßnahmen würden nicht nur zur Erreichung der Klimaziele beitragen, sondern auch helfen, die Abhängigkeit von fossilen Energien zu verringern und langfristig Kosten zu stabilisieren.

Die Entwicklung zeige, dass sich kontinuierliche Investitionen in Energieeffizienz und Gebäudetechnik lohnen und Schritt für Schritt Wirkung entfalten.

Der Energiebericht 2024 dokumentiere Verantwortungsbewusstsein, Transparenz und Fortschritt. Der Kreis sei auf einem sehr guten Kurs im Sinne einer nachhaltigen und effizienten Energiepolitik.

„Welcome Center Rhein-Neckar: Bericht über zehnjährige Arbeit“

Nicht zuletzt legte auch das Welcome Center einen Sachstandsbericht vor.

Kreisrat Frank Volk dankte für die Fraktion der Freien Wähler der Stabsstelle Wirtschaftsförderung für die hervorragende Arbeit des Welcome Center Rhein-Neckar in den vergangenen zehn Jahren.

Das Welcome Center sei zu einer festen und unverzichtbaren Einrichtung in der Region geworden. Es leiste einen wichtigen Beitrag, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, internationale Fachkräfte zu gewinnen und sie erfolgreich in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft zu integrieren. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sei die Unterstützung bei Fragen der Auslandsrekrutierung und Integration von großem Wert.

Besonders hervorzuheben sei die gute Kooperation zwischen den Standorten Mannheim, Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis sowie die Vernetzung mit Partnern aus Wirtschaft, Verwaltung und Bildung. Diese Zusammenarbeit zeige, dass regionale Verantwortung und gemeinsames Handeln zu spürbaren Erfolgen führen.

Frank Volk begrüßte auch die thematische Weiterentwicklung des Welcome Centers, insbesondere die gezielte Ansprache internationaler Studierender und die Ausrichtung auf das Handwerk und den ländlichen Raum. Damit werde das Angebot noch passgenauer auf die Bedürfnisse unserer regionalen Wirtschaft abgestimmt.

Die Freien Wähler unterstützten ausdrücklich die Fortführung des Landesprogramms und die weitere Beteiligung des Rhein-Neckar-Kreises. Der jährliche Eigenanteil sei gut investiert, da er den Zugang zu wertvollen Landesmitteln und eine nachhaltige Wirkung für unsere Unternehmen und unsere Region ermöglicht.

Der Dank gelte allen Beteiligten für ihr langjähriges Engagement und die kontinuierliche Weiterentwicklung des Welcome Centers. Es sei ein gelungenes Beispiel dafür, wie regionale Zusammenarbeit, Offenheit und Willkommenskultur erfolgreich umgesetzt werden können.

Straßenbahnenlinien 22 und 23

Kreisrat Frank Volk signalisierte die Zustimmung der Freien Wähler zur Finanzierungsvereinbarung der Straßenbahnenlinien 22 und 23.

Er begrüßte, dass durch die neue Vereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Heidelberg die verkehrliche Anbindung von Eppelheim und Leimen über die

RNV langfristig gesichert werde. Der Fortbestand dieser beiden Straßenbahnlinien sei für die betroffenen Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung – sowohl im Hinblick auf die Erreichbarkeit Heidelbergs als auch auf die Verlagerung vom Individualverkehr auf den ÖPNV.

Damit werde ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen, klimafreundlichen Mobilität im Rhein-Neckar-Kreis geleistet.



Es sei nachvollziehbar, dass die vorliegenden Ausgleichssätze für die Jahre 2026 und 2027 moderat angepasst wurden und sich die Gesamtkosten damit in einem vertretbaren Rahmen bewegten. Dass der Kreis seine Förderquote von 40 Prozent beibehalte, sei aus Sicht der Freien Wähler sachgerecht und verantwortungsvoll.

Gleichwohl sprach Frank Volk an dieser Stelle kritische Punkte an:

Zum einen bemängelte er die nach wie vor mangelnde Transparenz bei der Ermittlung der Ausgleichssätze. Die Kalkulation der Kostenbestandteile – insbesondere die Herleitung der Nettoausgleichssätze pro Kilometer – bleibe für die kommunalen Partner und die Öffentlichkeit nicht ausreichend nachvollziehbar. Gerade vor dem Hintergrund der langen Vertragslaufzeit bis 2047 und der erheblichen finanziellen Verpflichtungen des Kreises wäre hier eine offenere, detailliertere Darstellung der Kalkulationsgrundlagen wünschenswert.

Zum anderen fehlten erneut belastbare Fahrgastzahlen. Ohne diese Kennzahlen lasse sich die Wirtschaftlichkeit und Auslastung der Linien nur unzureichend bewerten. Gerade in Zeiten, in denen Verkehrsverhalten, Ticketangebote und Mobilitätsbedürfnisse sich stark verändern, sollten regelmäßige und transparente Fahrgaststatistiken Bestandteil der Berichterstattung sein. Nur so könne die tatsächliche Nutzung und Wirksamkeit der eingesetzten öffentlichen Mittel seriös beurteilt werden.

Trotz dieser Kritikpunkte würden die Freien Wähler die fachlich solide Arbeit der Verwaltung und die enge Abstimmung mit der Stadt Heidelberg und der RNV ausdrücklich anerkennen. Die Vereinbarung schaffe die nötige Planungssicherheit für alle Beteiligten und stelle sicher, dass die Straßenbahnlinien 22 und 23 auch künftig zuverlässig verkehren.

Er erwartet jedoch für die Zukunft mehr Transparenz bei der Kosten- und Leistungsdarstellung sowie eine regelmäßige Veröffentlichung von Fahrgastzahlen und Qualitätskennwerten.

S-Bahnstation Schwetzingen-Hirschacker

Die Fraktion der Freien Wähler begrüßte den barrierefreien Ausbau der S-Bahnhaltestelle Schwetzingen-Hirschacker.

Kreisrat Frank Volk befürwortete ausdrücklich, dass der Rhein-Neckar-Kreis die Stadt Schwetzingen beim Bau der Aufzugsanlage am Bahnsteig 2 finanziell unterstützt. Diese Maßnahme sei notwendig gewesen, um die Barrierefreiheit der gesamten Station sicherzustellen und damit allen Fahrgästen – insbesondere mobilitätseingeschränkten Personen, Eltern mit Kinderwagen oder älteren Reisenden – den Zugang zur S-Bahn zu ermöglichen. Barrierefreiheit sei kein Komfortmerkmal, sondern eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigte Mobilität.



Dass die Stadt Schwetzingen den Aufzug aus eigener Initiative und auf eigene Kosten realisiert habe, verdiene Anerkennung und Respekt.

Mit der nun vorgeschlagenen Förderung durch den Rhein-Neckar-Kreis werde diese Leistung gerecht gewürdigt und solidarisch unterstützt.

Auch hier sprach Frank Volk einen kritischen Punkt an: Die Betriebszuverlässigkeit von Aufzügen an Bahnhöfen und S-Bahn-Stationen sei im gesamten Gebiet der S-Bahn Rhein-Neckar weiterhin problematisch. Immer wieder seien Aufzüge über längere Zeiträume außer Betrieb, teilweise ohne klare Information oder zeitnahe Instandsetzung. Für Menschen mit Behinderung, mit Rollatoren oder Kinderwagen bedeute das de facto eine Ausschlusswirkung vom ÖPNV – und das sei nicht akzeptabel.

Er forderte daher, dass die DB InfraGO AG als Eigentümerin und Betreiberin der Anlagen ihrer Verantwortung für die Funktionsfähigkeit und Wartung der Aufzüge konsequent nachkommt. Barrierefreiheit dürfe nicht nur planerisch hergestellt, sondern müsse im Alltag auch tatsächlich gewährleistet sein. Dazu gehöre eine verlässliche technische Betreuung, schnelle Reparaturzeiten und transparente Information im Störungsfall – etwa über die VRN-App oder direkt an der Station.

Stadtbahnlinien 5 und 5a - OEG

Die Fraktion der Freien Wähler stimmte auch der Festlegung der Ausgleichssätze für die Stadtbahnlinien 5 und 5a für die Jahre 2026 und 2027 zu.

Dass durch die nun vorliegende Vereinbarung der Betrieb der OEG-Linien im Rhein-Neckar-Kreis bis Ende 2027 gesichert ist, begrüßte **Kreisrat Frank Volk** ausdrücklich. Die Linien 5 und 5a seien das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs im nördlichen Kreisgebiet – sie verbinden unsere Städte und Gemeinden zuverlässig mit den Zentren Heidelberg, Mannheim und Weinheim. Damit leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende und zum Klimaschutz, aber auch zur Lebensqualität und Standortattraktivität unserer Region.



Besonders positiv hervorhob Frank Volk den Einstieg des Landes Baden-Württemberg in die Mitfinanzierung des OEG-Betriebs. Diese Entscheidung sei überfällig gewesen, denn die finanzielle Verantwortung für ein regionales Schienensystem dürfe nicht allein auf den Schultern der Landkreise und Kommunen liegen.

Sein besonderer Dank galt an dieser Stelle dem Landrat, der sich in den vergangenen Jahren mit großer Hartnäckigkeit und Ausdauer für

diese Lösung eingesetzt habe. Ohne diesen beharrlichen Einsatz wäre die Landesbeteiligung in dieser Form sicher nicht erreicht worden.

Gleichzeitig sah auch bei diesem Anlass zu kritischen Hinweisen: Wie schon bei den Straßenbahnenlinien 22 und 23 bleibe auch hier die Kalkulation der Ausgleichssätze nur bedingt transparent. Die Vielzahl an Kostenpositionen, Zuschlägen und internen Verrechnungen der RNV sei für die kommunalen Partner nur schwer nachvollziehbar. Gerade bei Verträgen mit einem so hohen finanziellen Volumen wäre eine offene und verständlichere Darstellung der Berechnungsgrundlagen wünschenswert.

Darüber hinaus fehlten erneut belastbare Fahrgastzahlen und Auslastungsdaten. Diese Kennzahlen seien notwendig, um den tatsächlichen Nutzen und die Wirtschaftlichkeit der Linien zu bewerten. Eine regelmäßige und transparente Berichterstattung über Fahrgastentwicklung, Qualität und Pünktlichkeit sollte künftig selbstverständlich sein – auch als Grundlage für politische Entscheidungen über Angebotsanpassungen oder Investitionen.

Trotz dieser Kritikpunkte erkannte Frank Volk an, dass die Verwaltung und der Landrat mit dieser Vorlage eine tragfähige Übergangslösung bis 2027 geschaffen haben, die

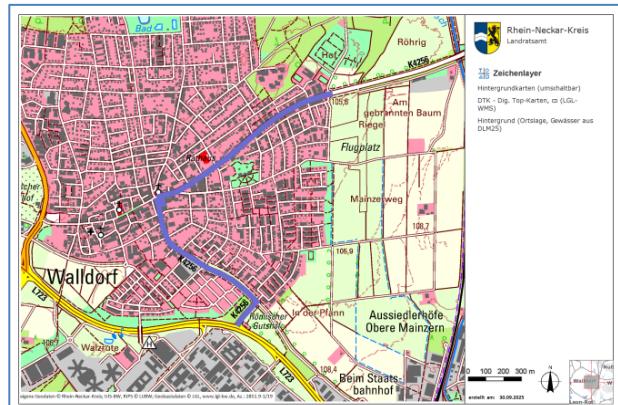
Planungssicherheit für alle Beteiligten bietet. Die moderate Anpassung der Ausgleichssätze sei nachvollziehbar und im Vergleich zu den allgemeinen Kostenentwicklungen maßvoll.

K 4256 - Abstufung der Ortsdurchfahrt Walldorf

Die Fraktion der Freien Wähler stimmte der vorgeschlagenen Abstufung der K 4256 in Walldorf zu. Die Verkehrsbedeutung des betroffenen Abschnitts ist klar überwiegend innerörtlich, sodass die Übertragung in die Straßenbaulast der Stadt sachgerecht und folgerichtig ist.

Sie begrüßten, dass der Zustand der Straße ordnungsgemäß ist und keine finanziellen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind. Für den Rhein-Neckar-Kreis entstehe dadurch nur eine geringe Reduzierung der FAG-Zuweisungen, die in einem vertretbaren Rahmen liegt.

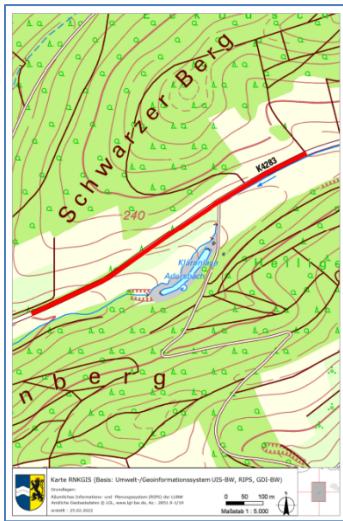
Mit der Abstufung werde die Zuständigkeit dort verankert, wo die Straße heute hauptsächlich genutzt und gestaltet wird.



Amphibienleiteinrichtung bei Sinsheim-Adersbach

Kreisrat Frank Volk nahm die Vorlage für die Fraktion der Freien Wähler zur Kenntnis, zustimmen konnte er der beantragten Genehmigung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 210.000 € jedoch nicht.

Die Freien Wähler hätten die Maßnahme zum Bau der Amphibienleiteinrichtung bereits in der ursprünglichen Beschlussfassung mehrheitlich abgelehnt. An dieser Haltung hielt man fest. Der Schutz von Amphibien sei grundsätzlich ein wichtiges Ziel, aber in diesem konkreten Projekt sehe er kein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökologischem Nutzen und den dafür entstehenden Kosten.



Die jetzt vorgelegte erhebliche Kostensteigerung auf insgesamt rund eine Million Euro bestätige die damalige Einschätzung der Freien Wähler. Unerwartete Altlasten und bautechnische Anpassungen führten zu einer deutlichen Mehrbelastung des Kreishaushalts, ohne dass der Mehrwert für Verkehrssicherheit oder Umweltschutz in einem angemessenen Verhältnis steht.

Er respektiere die fachliche Arbeit der Verwaltung und verstehe, dass die zusätzlichen Ausgaben technisch begründet sind. Dennoch sähen sich die Freien Wähler in der Verantwortung, die Verwendung öffentlicher Mittel kritisch zu hinterfragen und klare Prioritäten zu setzen.

Aus diesen Gründen lehnte die Fraktion der Freien Wähler den Beschlussvorschlag ab.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Fotos und Grafiken: Freie Wähler, Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, RNV, VRN